



HESSEN

LANDES JOURNAL

VORWORT

Die Schuldenbremse – Offenbarungseid der Politik?



Andreas Grün

Am 27. März sind die Bürgerinnen und Bürger in Hessen neben der Stimmabgabe zur Kommunalwahl auch zu einer Volksabstimmung aufgerufen. Wir dürfen darüber entscheiden, ob wir eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse in Hessen wollen oder nicht. Durch die angestrebte Änderung der hessischen Verfassung wird es dem Land Hessen ab dem Jahr 2020 grundsätzlich verboten sein, neue Kredite aufzunehmen.

Als Folge sind Sparorgien vorstellbar, die vor allem zu Lasten der ohnehin gesellschaftlich Benachteiligten gehen. Dabei wird darauf verwiesen werden, dass das Volk ja zugestimmt hat. Bei einer drastischen Ausgabenkürzung ist zu erwarten, dass unter anderem auch die Axt an den Sozialstaat angelegt wird.

Mit Eintritt der Schuldenbremse sind auch unmittelbare Auswirkungen auf den Bereich der Polizei zu befürchten. Ob die derzeitigen Einstellungszahlen im Polizeibereich angesichts verfassungsmäßiger Sparzwänge dann noch haltbar sein werden, bleibt abzuwarten.

Schon wenige Tage nach der Volksabstimmung soll in Hessen ein neuer Tarifvertrag zum Abschluss kommen. Dabei ist zu befürchten, dass erste Eckpfeiler einer radikalen Spar- und Privatisierungspolitik eingerammt werden. Wird die verhandelbare Masse der Tarifverhandlungen schon jetzt unter der scheinbaren Legitimation, weniger Geld ausgeben zu dürfen, eine andere sein?

Der öffentliche Dienst in Hessen darf nicht zum wiederholten Male als Sparschwein erhalten. Wir haben in der Vergangenheit durch Nullrunden, Kürzungen von Zulagen, Wegfall des Urlaubsgeldes, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und nicht zuletzt durch die Wiedereinführung der 42-Stunden-Woche mehrfach unseren Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte geleistet.

Deshalb erheben wir jetzt den legitimen Anspruch am derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung teilzuhaben und nicht von anderen Branchen, die schon deutliche Lohnzuwächse verhandelt haben, abgekoppelt zu werden.

Politisch ist die Schuldenbremse eine Bankrotterklärung. Die große Mehrheit des Landtags suggeriert, sich für eine Haushaltskonsolidierung per Verfassung selbst einschränken zu müssen. Dies unterstellt im Umkehrschluss, dass die Politik alleine bisher nicht in der Lage war, eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik zu betreiben. Um künftig eine Legitimation zu haben, bestimmte Bereiche der Politik nicht mehr ausreichend bedienen zu können, wird darauf verwiesen werden, dass wir, das hessische Volk, es mehrheitlich so gewollt haben.

Die Folge wäre, dass derzeitige staatliche Leistungen wie z. B. Kinderbetreuung, Bildung, öffentliche Sicherheit und kommunale Infrastruktur reduziert werden müssten oder nur noch gegen Gebühren angeboten werden könnten. Kriminalität verändert und entwickelt sich ständig weiter. Die Politik braucht Gestaltungsmöglichkeiten und finanzielle Freiräume, um bei diesem Prozess mithalten zu können. Mit einer Schuldenbremse könnte die Innere Sicherheit zu einem Lotteriespiel werden.

Wir sollen als Bürger mitbestimmen, dass keine Schulden mehr gemacht werden dürfen. Wir werden aber nicht gefragt, für was die verbleibenden Mittel ausgegeben werden. Wir werden auch nicht gefragt, aus welchen Bereichen die Einnahmen generiert werden. Eine Stärkung der öffentlichen Einnahmehasis durch eine leistungsgerechte Besteuerung wäre ein Punkt, um mehr Geld in die marode Staatskasse zu spülen. Der Markt der Möglichkeiten, die Einnahmenseite zu verbessern, ist noch lange nicht ausgeschöpft. Einen nachhaltig wirtschaftenden Staat, der sich nicht auf Pump finanziert, sollten unsere Politiker eigenverantwortlich geregelt bekommen. Mir drängt sich deshalb der Verdacht auf, dass wir für künftige unpopuläre Sparmaßnahmen durch diese Volksabstimmung instrumentalisiert werden.

Andreas Grün



Sieg auf ganzer Linie vor Augen

Der Kreisgruppenvorsitzende der KG Werra-Meißner, Guido Winnige, und der Vorsitzende der Bezirksgruppe Nordhessen, Volker Zeidler, hatten seinerzeit nach disziplinarischen Vorermittlungen eine Missbilligung erhalten. Sie hatten in Uniform gegenüber dem Hessischen Rundfunk Fernsehinterviews gegeben. Der eine war in der Hessenschau zitiert und der andere in einem Beitrag des Magazins „defacto“ interviewt worden. Diese Missbilligungen wurden nicht akzeptiert, da sie für aktive Gewerkschafter von großer Bedeutung sind. Beim VG Kassel wurde gegen diese Disziplinarverfügung Klage eingereicht.

Nun zeichnet sich ab, dass zunächst im Fall Zeidler zu seinen Gunsten entschieden werden wird. In einem Schreiben hat der vorsitzende Richter am VG Kassel darauf hingewiesen, dass er „nach Durchsicht der Akten, unter Vorbehalt der abschließenden Beurteilung durch die (Disziplinar-)Kammer, die Rechtslage so einschätze, dass Einiges für den Erfolg der Klage sprechen dürfte“.

Im Fortgang des Schreibens bezieht sich der Richter auf eine Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz vom 4. Dezember 1998, Az: -2 A 11514/98-, das ausdrücklich die öffentliche Meinungsäußerung von Gewerkschaftsfunktionären als rechtmäßig einstuft. Danach darf ein als GdP-Vertreter eindeutig erkennbarer Funktionär den Dienstherrn bei sachlicher Kritik auch „als natürlicher Widerpart des Dienstherrn“ aus gewerkschaftlicher Sicht „hart und nachdrücklich kritisieren“. Die beiden nordhessischen GdP-Vertreter hatten seinerzeit die angespannte Personalsituation, die als Folge der „Aktion Sichere Zukunft“ eingetreten war, angeprangert.

In Kenntnis dieser Sachlage gab das Verwaltungsgericht dem PP Nordhessen die Möglichkeit, im Vorfeld einer Entscheidung der Disziplinarkammer die Disziplinarverfügung zu überdenken, um „den Kläger so klaglos zu stellen“. Es ist davon auszugehen, dass das PP Nordhessen in Absprache mit dem LPP so verfahren wird.

Damit werden das PP Nordhessen und auch das Landespolizeipräsidium ihre jahrelang geübte Verfahrensweise, dass In-



GdP'ler (linke Seite) demonstrieren gemeinsam mit ver.di. Nehmen sie bald wieder in Uniform daran teil?

terviews in Uniform konsequent dienstrechtlich verfolgt werden, aufgeben. Dies bedeutet auch, dass damit kein Freibrief für Gewerkschafter ausgestellt wird. Meinungsäußerungen von Gewerkschaftern sind nur dann akzeptiert, wenn gewisse, großzügig bemessene Grenzen eingehalten werden.

„Ich hatte immer deutlich gemacht, dass ich eine Grundsatzentscheidung anstrebe, weil die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Grundgesetz für Gewerkschaftsfunktionäre für mich ein sehr hohes Rechtsgut ist, das es auch in Hessen zu erhalten gilt. Auch wenn es nun zu keiner Entscheidung vor der Kammer kommen wird, so wird der Dienstherr in Zukunft überlegen, ob und wann er wegen einer unbequemen Meinungsäußerung einen Gewerkschafter disziplinar zu maßregeln versucht“, sagte Volker Zeidler.

Das ist auch eine Entscheidung, an der sich die neue Haltung der Landesregierung im Umgang mit Gewerkschaften und Gewerkschaftern messen lassen wird. Die Zeiten, in denen demonstrierende Gewerkschafter als „Krawallmacher“ beleidigt wurden, dürften damit der Vergangenheit angehören.

Volker Zeidler
Vorsitzender der GdP Nordhessen

PSYCHOSTRESS

Arbeitnehmer werden kränker!

Arbeitsunfähigkeit resultiert aus unterschiedlichen Symptomen. In Deutschland wurde festgestellt, dass immer mehr Deutsche auf Grund von psychischen Erkrankungen ihren Tätigkeiten nicht mehr nachgehen können.

Die Studie der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hat festgestellt, dass sich die Anzahl der Erkrankten seit 1990 (Jahr der Wiedervereinigung) nahezu verdoppelt hat.

Professor Richter, Präsident der BPTK, stellte fest, dass die Auswertung der Gesundheitsreporte bei den gesetzlichen Krankenkassen variiert. „Diese ständig steigende Zahl der Tage belegt die tatsächliche Dimension psychischer Erkrankungen“, stellte Richter fest. Mehrere Gründe wurden als kausale Ursache festgestellt: Zum einen wurden die psychischen Er-

krankungen jahrelang schlichtweg übersehen oder nicht richtig diagnostiziert. Depressionen sind trotz aller Diskussion in der Öffentlichkeit immer noch ein Tabu. Symptom dafür ist, dass sich Menschen lieber wegen eines Burnout als wegen einer Depression behandeln lassen. Für eine wirksame Therapie einer Depression ist es aber entscheidend, dass sie frühzeitig erkannt wird und Hürden eine professionelle Behandlung nicht verhindern. „Depressionen werden immer noch zu häufig zu spät oder gar nicht erkannt und unzureichend, d. h. vor allem einseitig, medikamentös behandelt“, kritisiert der BPTK-Präsident.

Weitere Infos unter: www.bptk.de

Jens Mohrherr



„Die Beschäftigten löffeln die Suppe aus“

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat erneut gezeigt, dass es eines handlungsfähigen, demokratischen und sozialen Staates bedarf. Denn der Finanzmarkt muss in seine Schranken gewiesen werden. Ebenso muss der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Doch das Gegenteil geschieht.

In den vergangenen Jahren haben die politisch Verantwortlichen auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet. Nicht zuletzt durch Steuergeschenke an große Unternehmen, Reiche und Vermögende wurde dem Staat eine solide Einnahmebasis entzogen. Dabei wurden insbesondere die Spielräume der Bundesländer sowie der Städte und Gemeinden erheblich eingeengt.

Obwohl die öffentliche Hand in einem bisher ungekannten Ausmaß zum Ausfallbürgen von Finanzjongleuren wurde, verzichten die politisch Verantwortlichen selbst auf eine angemessene Beteiligung der Banken an diesen Kosten. Der Staat, der sich aus vermeintlichen Sachzwängen selbst arm macht, vernachlässigt seine Aufgaben in den Bereichen Bildung, Soziales, öffentliche Infrastruktur, Sicherheit und erneuerbare Energien. Die kommunale Ebene wird zusätzlich geschwächt, indem ihr immer mehr Pflichtaufgaben zugewiesen werden, während man ihr gleichzeitig Geldmittel entzieht.

Diese falsche Politik gefährdet die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens. Die öffentliche Hand kann ihre Aufgaben immer weniger erfüllen und soll gezwungen werden, immer mehr Aufgaben zu privatisieren. Es werden lediglich neue, teure Renditeobjekte für Banken und Investoren entstehen. Zur Durchsetzung dieser Politik versucht man ältere und jüngere Menschen gegeneinander auszuspielen und scheut vor dem Missbrauch von Begriffen wie „Generationengerechtigkeit“ nicht zurück. Mit der Abstimmung über ein sogenanntes Verschuldungsverbot in der Hessischen Landesverfassung soll

die Bevölkerung einen Blankoscheck für diese Politik des Aushungerns der öffentlichen Hand, des Sozialabbaus und Privatisierens ausstellen.

Dazu sagen wir NEIN und fordern die hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, die geplante Verfassungsänderung abzulehnen.

Wir wollen die Gegenwart und die Zukunft aller Generationen sichern:

Wir wollen echte Generationengerechtigkeit durch eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Politik.

Wir wollen demokratische Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten statt Schuldendiktat.

Wir wollen in einem sozialen und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen leben, in dem Steuern in angemessenem Umfang und nach Leistungsfähigkeit – also sozial gerecht – erhoben werden.

Wir wollen einen Staat, der auch seiner globalen Verantwortung gerecht wird.

Wir stehen vor wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die eine nachhaltige Finanzpolitik erfordern. Dafür brauchen wir:

Gerechte Steuern: Starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache.

Starke und gut ausgestattete Länder und Kommunen mehr als Schwache.

Ein Ende der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums.

Einen Staat, der weiterhin die Möglichkeit hat, gesellschaftlich sinnvolle Investitionen auch durch Kredite finanzieren zu können.

Daher haben wir die Plattform „Für ein handlungsfähiges Hessen“ gegründet. **Wir rufen die hessische Bevölkerung auf, bei der Volksabstimmung am 27. März für ein handlungsfähiges Hessen zu stimmen.**

Deshalb: NEIN zur Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung
DGB Hessen



Karikatur: Dirk Tonn

Die populärsten Argumente zur Schuldenbremse – und ihre Widerlegung

1. Die Staatsausgaben sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Deutschland und Hessen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Damit muss jetzt Schluss sein: Wir brauchen die Schuldenbremse, weil sie Grenzen setzt!

Deutschland hat im internationalen Vergleich extrem niedrige Ausgabensteigerungen. Die Zahlen zeigen: Deutschland und Hessen haben keine zu hohe Ausgaben, sondern zu geringe Ein-

nahmen. Besonders die zahlreichen Steuersenkungsmaßnahmen zu Gunsten von Gutverdienenden, Reichen und Unternehmen haben den öffentlichen Haushalten massive Ausfälle beschert.

2. Die Staatsverschuldung ist viel zu hoch. Auch Hessen hat zu viele Schulden. Nur mit der Schuldenbremse kann der Schuldenstand abgebaut werden!



Entscheidend ist nicht, wie hoch die Staatsverschuldung (in Euro) ist, sondern wie hoch die Schuldenstandsquote (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) ausfällt. Kürzungen der Ausgaben öffentlicher Haushalte haben negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und damit auf die Steuereinnahmen. Dies kann einen Teufelskreis aus Ausgabenkürzungen und Anstieg der Schuldenstandsquote auslösen. Es gibt keine einheitliche und objektive Grenze, ab der man von „zu vielen Schulden“ sprechen kann.

3. Ein Privathaushalt oder ein Unternehmen kann nicht ständig mehr Geld ausgeben, als eingenommen wird. Das gilt auch für den Staat.

Im Gesamtzusammenhang einer Volkswirtschaft nehmen die öffentlichen Haushalte eine besondere Rolle ein. Sie können mit Privathaushalten und Unternehmen nicht gleichgesetzt werden. Privathaushalte und Unternehmen folgen einer einzelwirtschaftlichen Logik. Die wirtschaftlichen Folgen wären verheerend, würde auch der Staat dieser Logik folgen.

4. Die Schuldenbremse ist absolut notwendig, um nachfolgenden Generationen keine zerrütteten Staatsfinanzen zu überlassen. Auch das ist Nachhaltigkeit!

Von Ausgaben, die der Staat heute tätigt, profitieren auch die morgigen lebenden Menschen. Umgekehrt sind die Folgen heute ausbleibender Ausgaben (etwa für Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Soziales) auch für zukünftige Generationen verheerend. Es ist deshalb nicht ungerecht, sie auch finanziell an der heutigen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen.

5. Obwohl Politikerinnen und Politiker seit Jahren behaupten, Schulden abzubauen zu wollen, nehmen die Schulden immer mehr zu. Deshalb ist es gut, wenn es eine Verpflichtung gibt!

Nicht immer wurden Schulden in dem Maße reduziert, wie es wünschenswert gewesen wäre. Doch ist die hohe Schuldenstandsquote in Deutschland vorrangig auf eine falsche Politik zurückzuführen, die auf Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen und Deregulierung der Finanzmärkte gesetzt hat. Daher braucht es keine undemokratische „Schuldenbremse“, sondern eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik.

6. Die Schuldenbremse legt nahe, endlich auch über höhere Steuereinnahmen zu sprechen. Dies kann einen Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit leisten!

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland, und damit auch der hessische Landeshaushalt, sind strukturell unterfinanziert. Sie leiden an zu niedrigen Einnahmen, wofür insbesondere massive Steuersenkungsmaßnahmen der letzten Jahre verantwortlich sind. Davon haben vor allem Gutverdienende und Unternehmen profitiert, von Steuergerechtigkeit kann immer weniger gesprochen werden. Dennoch ist es eine Illusion zu glauben, die „Schuldenbremse“ würde zu einer Erhöhung der Steuern und mehr Steuergerechtigkeit führen.

7. Wenn die Verschuldung nicht reduziert wird, werden die Zinsbelastungen in unbezahlbare Höhen steigen. Deshalb brauchen wir die Schuldenbremse!

Steigende Verschuldung hat nicht zwingend steigende Zinszahlungen zur Folge. Dennoch dürfen die Schulden nicht ins Unermessliche steigen. Damit Zinsen die öffentlichen Haushalte nicht handlungsunfähig machen, braucht es ausreichende Steuereinnahmen. Die Konjunktur darf deshalb nicht durch kontraproduktive Ausgabenkürzungen belastet werden.

8. Wenn der Staat seinen Gläubigern Zinsen zahlt, gibt er sein Geld den Reichen. Ein Abbau der Schulden durch die Schuldenbremse ist deshalb auch ein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung unseres Reichtums!

Auch wenn es niemand genau weiß: Vermutlich profitieren von Zinszahlungen in der Tat vorwiegend Banken und Menschen mit großem Vermögen. Gleichwohl wird hieraus erst dann ein Gerechtigkeitsproblem, wenn die Zinszahlungen aus Steuern der Gering- und Normalverdienenden finanziert werden. Für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in Deutschland braucht es deshalb eine Steuerpolitik, die Gutverdienende und Vermögendere stärker belastet. Die Schuldenbremse wird zu Ausgabenkürzungen führen – und damit zu einer noch ungerechteren Verteilung.

9. Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Deshalb ist es klug, wenn das Land Hessen diese Regelung jetzt auch in die Landesverfassung aufnimmt!

Die „Schuldenbremse“ muss keineswegs in Form einer Verfassungsänderung umgesetzt werden. Auch besteht kein Grund, diese Verankerung im Landesrecht schon jetzt vorzunehmen. Schließlich ist das Land erst 2020 an die Vorgaben des Grundgesetzes gebunden, zudem ist gegen die „Schuldenbremse“ derzeit eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

DGB Hessen

TARIFRUNDE 2011

Verhandlungen haben begonnen

Am 11. Februar begrüßte Innenminister Boris Rhein die Gewerkschaftsvertreter zum Beginn der Tarifrunde 2011.

Achim Meerkamp (ver.di) erläuterte die Forderungen der Gewerkschaften. Boris Rhein hob im Vorfeld ausdrücklich die sehr gute Arbeit, die von den hessischen Bediensteten geleistet wird, hervor. Er hat erneut eingestanden, dass im Umgang mit den Menschen im Bereich der hessischen Polizei Fehler gemacht wurden.

Weiterhin betonte er, dass ein Tarifabschluss mit Augenmaß erfolgen müsse. Er sagte: „Wir müssen mit einem ordentlichen Abschluss am 4./5. April rausgehen.“ Allerdings würden die Forderungen der Gewerkschaften zu jährlichen Mehrkosten von 350 Millionen Euro führen. Dies könne das Land Hessen nicht schultern. Ein konkretes Angebot legte er nicht vor.

Zur Entgeltforderung sagte Boris Rhein, dass er zunächst abwarten möchte, was bei den Verhandlungen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) Anfang März in Berlin passiere. Vorher werde er kein Arbeitgeberangebot vorlegen.

Zur Übernahme der Azubis sagte er, dass die Arbeitgeberseite an einer einvernehmlichen Lösung sehr interessiert sei; sie müsse jedoch ein Teil des Gesamtpaketes sein. Dies werten wir als positives Signal.

Der letzte Verhandlungstermin fand am 22. Februar zu Regelungen der Tarifpflege statt. An diesem Tag wurde ein weiterer Verhandlungstermin vereinbart, so dass, wie Boris Rhein es nannte, das Land Hessen und die verhandelnden Gewerkschaften in einem ständigen Dialog stehen. **Heinz Schiskowsky**



SENIORENTREFFEN DER KG BEPO MÜHLHEIM

Ehrung der Jubilare

Der Kreisgruppenvorsitzende Stefan Ritter begrüßte beim Seniorentreffen am 11. November 2010 neben den zahlreichen vertretenen Rentnern und Pensionären den Abteilungsleiter PD Lothar Balder und den Personalratsvorsitzenden Roland Kramer.

Dann beschrieb der Vorsitzende rückblickend das Einsatzjahr 2010, als besonderen Höhepunkt den gerade bewältigten Castor-Einsatz in Gorleben, bei dem über 17 000 Polizeivollzugsbeamte und zahlreiche Tarifbeschäftigte eingesetzt waren. In dem Zusammenhang wies er auf die jährliche ansteigende Zahl länderübergreifender Einsätze hin, die im Jahr 2009 mit 160 Anlässen gebucht wurde. Auch in 2010 wird man diese Zahl wohl erreichen. Die Schwerpunkte der Einsätze waren, wie im Vorjahr, Sportveranstaltungen bei Fußballspielen bis zur 3. Liga, Demonstrationen von Links- und Rechtsextremisten, 1. Mai, die regelmäßig freitags bis sonntags zu bewältigen waren. Zusätzlich mussten zahlreiche Dienste zur Unterstützung des Einzeldienstes bei den örtlichen Festen bis hin zu den Weihnachtsmärkten geleistet werden, mit der besonderen Brisanz angedrohter Terroranschläge.



Gut besuchte Veranstaltung.



Kreisgruppenvorsitzender Stefan Ritter (rechts) überbrachte ein besonderes Dankeschön für über 40 Dienstjahre und den bevorstehenden Ruhestand an den Einheitsführer der EE 32 Günther Gibhart (links).

Der BZG-Vorsitzende Detlef Otto informierte in seinem gewerkschaftspolitischen Bericht über Initiativen und Aktionen des GdP-Landesbezirks, des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei und dem bevorstehenden Bundeskongress in Berlin.

Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des von Innenminister Boris Rhein durchgeführten Personalwechsels in der Führung des Landespolizeipräsidiums infolge der durch die Presse bekannten „Mobbingvorwürfe“ bei der hessischen Polizei.

Dagegen nahm man die Informationen zur erfolgten Neustrukturierung der Bereitschaftspolizei gelassen hin. Diskussionen kamen anhand der Inhalte des GdP-Positionspapiers „Operative Bereitschaftspolizei“ auf, weil man „damals“ bundeseinheitliche Organisationsstrukturen hatte und heute jedes Land durch den Föderalismus die Bereitschaftspolizeien mit eigenen Länderstrukturen und reduziertem Personal verändert.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landes-Seniorengruppe, Gerhard Lehmann, informierte über die vergangene Senio-

renveranstaltung in Tann (Rhön) und gab Informationen zu geplanten Veranstaltungen in 2011.

Abschließend berichtete der Personalratsvorsitzende ausführlich über die teilweise menschenunwürdigen Umstände während des Einsatzes unserer jungen Kolleginnen und Kollegen beim Castor-Transport nach Gorleben. Mängel waren unter anderem die Unterbringung ohne Intimsphäre in 4- bis 8-Bett-Zimmern ohne Mobiliar zum Ablegen der Kleidung und Ausrüstung, Dusch- und WC-Containern im Hof, mangelhafte Entsorgungsmöglichkeiten entlang der Einsatzräume an den Bahntrassen, überlange Einsatzzeiten, verspätete Ablösungen und eingeschränkte Versorgung mit Verpflegung vor Ort, weil zahlreiche Blockaden mit Traktoren den Zugang vor Ort behinderten.

Gemeinsam ehrten der KG-Vorsitzende und der BZG-Vorsitzende die Jubilare des Jahres 2010 mit einem Weinpräsent und dem obligatorischen „Polizeiteddy“; für 40-jährige Mitgliedschaft den Kollegen Werner Schön, für 25 Jahre GdP Mischka Lirsch und wegen Einsatzvorbereitungen in Abwesenheit den Kollegen Stefan Schmid.

Ein besonderes Dankeschön für über 40 Dienstjahre und zum bevorstehenden Ruhestand ging an den Einheitsführer der EE 32, Günther Gibhart.

Traditionell wurde das Treffen mit kulinarischen Leckereien vom Büfett in geselliger Runde fortgesetzt.

Das Seniorentreffen und die Ehrung der Jubilare des Jahres 2011 werden am 10. November 2011 stattfinden.

Detlef Otto

Anzeige

Egal wohin...



Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!
 Exklusiv für GdP-Mitglieder, Ihre Angehörigen und Fördermitglieder!
 Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.



Selbstverteidigung mit Worten

Inhalt:

Die Grundlagen der Schlagfertigkeit
Schlagen oder bereit zum Schlag?
Köder-/Opfermechanismen
Die mentale Käseglöcke / ohne Kampf gewinnen.

Kontern, aber schlagfertig!

Die Pyramide der nonaggressiven Schlagfertigkeitstrategien.

Seminartermin:

6. Juni bis 8. Juni 2011 (3 Tage)

Voraussetzungen:

Teilnahme an einem GdP-Rhetorik-Grundseminar bzw. gleichwertige Vorkenntnisse.

Seminarort:

Landgasthof Bechtel, 34628 Zella

„Mitreden – Mitentscheiden“

„Rhetorik und Dialektik für Gespräch, Argumentation & Diskussion“

Inhalt:

Die fünf Aspekte überzeugenden Argumentierens: Klarheit, Logik, Qualität, Überschaubarkeit und Anschaulichkeit.
Zwischenrufe und Fragen: Strategien

und Gegenstrategien / Schlagfertigkeiten / Fragetechnik

Moderieren und Leiten: Die Grundlagen der Rahmenrede / Was können Sie von einer guten Moderation oder Besprechungsleitung erwarten? / Diskussionsübung

Seminartermin:

25. April bis 27. April 2011 (3 Tage)

Voraussetzungen:

Teilnahme an einem GdP-Rhetorik-Grundseminar bzw. gleichwertige Vorkenntnisse.

Seminarort:

Landgasthof Bechtel, 34628 Zella

Der Computer im persönlichen Lebensumfeld

Inhalt:

Der Computer ist mittlerweile wesentlicher Bestandteil unseres Lebens geworden. Der Computer erleichtert das Erstellen von Briefen, Tabellen und Präsentationen.

Seminartermine:

Samstag, 2. April 2011

(Power-Point-Seminar)

Donnerstag, 16. Juni 2011

(Excel-Seminar)

Samstag, 1. Oktober 2011

(WORD-Seminar)

Voraussetzungen:

Die Teilnehmer sollten bereits über Grundkenntnisse mit den Programmen verfügen.

Seminarort:

Landratsamt in Marburg, EDV-Lehrsaal

Work-Life-Balancing & Stressmanagement

Inhalt:

Ein Seminar für Frauen, die durch die Mehrfachbelastung Familie, Haushalt, Beruf oft hohen psychischen und physischen Anforderungen im Alltag ausgesetzt sind. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebensqualität, sondern letztlich auch auf die Gesundheit.

Die Teilnehmerinnen lernen Methoden kennen, die sie einsetzen können:

- als präventive Maßnahmen, um sich auf

die bevorstehende Belastung vorzubereiten,

- zur kurzfristigen Erleichterung, um in einer Situation das eigene Erregungsniveau zu senken,

- nach starken Belastungen, um schneller das innere Gleichgewicht wiederzuerlangen,

- als regelmäßiges Übungsprogramm, zur Psychohygiene und zur Burn-out-Prophylaxe.

Seminartermin:

Mittwoch, 15. Juni, bis Freitag, 17. Juni 2011

Seminarort:

Landgasthof „Bechtel“, Willingshausen-Zella

Kooperieren statt streiten

Inhalt:

Grundlagen der Kommunikation und der Kommunikationspsychologie

Die zwei Ebenen der Sprache / „Die vier Aspekte einer Botschaft“ nach Friedemann Schulz von Thun

Deeskalationsstrategien: passives und aktives Zuhören / Fragetechnik / Paraphrasieren

Konfliktstoff und Streithülle

Emotionsmanagement und mentale Stoppstrategien

Kontern, aber schlagfertig!

Die Pyramide der nonaggressiven Schlagfertigkeitstrategien.

Seminartermine:

28. März bis 30. März 2011 (3 Tage)

Voraussetzungen:

Teilnahme an einem GdP-Rhetorik-Grundseminar bzw. gleichwertige Vorkenntnisse.

Seminarort:

Landgasthof Bechtel, 34628 Zella

Leistungen und Anmeldung

Die Seminare sind für GdP-Mitglieder kostenfrei (inkl. Unterkunft und Verpflegung).

Für Nichtmitglieder werden Kosten von ca. 350 Euro/Seminar in Rechnung gestellt.

Anmeldungen unter: http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Schulungen_DE

Die Teilnehmerplätze werden grundsätzlich nach der Reihenfolge der Anmeldung vergeben.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerck (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



SEMINARE DER GdP-HESSEN IN 2011

Der Einfachheit halber bitten wir die Anmeldeformulare über die GdP-Homepage

<http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Schulungen.de>

(erreichbar über jeden polizeilichen Standardarbeitsplatz!) zu nutzen!

Die Teilnehmerplätze werden nach Reihenfolge des Eingangs vergeben.

Sollte keine Einladung erfolgen, sind dann leider alle Seminarplätze belegt.

Ersteilnehmer werden bevorzugt behandelt!

Seminarort:

Hünstetten-Limbach (Fahr- und Sicherheitszentrum der Hessischen Polizei)

dem Seminar werden aktuelle Fallbeispiele behandelt und die Rechtssicherheit der Teilnehmer/-innen vertieft.

Seminartermin:

5. bis 6. September 2011

Voraussetzungen:

Die Teilnehmer werden gebeten, das aktuelle Gesetz (sofern vorhanden) mitzubringen.

Seminarort:

Landgasthof „Bechtel“, Willingshausen-Zella

HSOG-Seminar

Inhalt:

Das HSOG ist im polizeilichen Alltag eine wichtige gesetzliche Grundlage. In

Seminar für Personalräte

Inhalt:

Neuregelungen aufgrund des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes (DRMoG)

Die Auswirkung der aktuellen Rechtsprechung auf die Beteiligungsrechte der Personalräte

Aktuelle Fallbeispiele aus der Praxis – Erarbeitung von Lösungsansätzen und deren Umsetzung.

Seminartermin:

25. April bis 27. April 2011 (3 Tage)

Voraussetzungen:

Teilnahme ist nur für Personalratsvorsitzende/Personalratsmitglieder

Seminarort:

Landgasthof Bechtel, 34628 Zella.

Fahr- und Sicherheitstraining für Auto und Motorrad

Inhalt:

Die Teilnehmer lernen unter fachkundiger Anleitung, wie sie in Alltags- und extremen Situationen ihr Fahrzeug sicher beherrschen.

Seminartermine:

Auto: Sonntag, 22. Mai 2011

Motorrad: Samstag, 13. August 2011

Voraussetzungen:

Die Teilnehmer müssen im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis und eines eigenen Fahrzeuges sein.

3-Stunden Rennen plus Qualifying auf einer der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands

Anmeldung erforderlich!
Nähere Informationen zum Rennen und das Anmeldeformular findet ihr auf der Homepage.
Ausrichter sind die Landesjugendverbände der JUNGE GRUPPE (GdP) Bundeskriminalamt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Anfragen an den Rennkoordinator bitte unter: Kart@Hunter-Racing.de



EHRUNGEN

**25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Antje Bender
Hans-Jörg Strecker
Werner Sonnabend
Ralf Ruthard
Kreisgruppe PTLV
Mario Bunzel
Jörg Deistler
Arthur Freitag
Heiko Schröder
Manuel Seyfried
Rolf Wüstenhagen
Erna Aldinger
Martina Beer
Christian Hertel
Björn Misiewicz
Peter Schirwagen
Volker Stengel
Bezirksgruppe Frankfurt am Main
Michael Grieneisen
Franz-Josef Skubski
Ralf Christ
Werner Kilian
Werner Krosta
Kreisgruppe Kassel
Jens Wagener
Kreisgruppe PASt Baunatal
Bernd Eberling
Frank Simolka
Jürgen Wege
Kreisgruppe Marburg
Werner Schäfer
Uwe Gaschler
Heinrich Veltum
Anette Dietrich
Peter Heil
Bernd Reinhardt
Günter Schneider
Michael Keidel
Peter Stehling
Thomas Will
Reiner Knacker
Christof Schürle
Markus Vogel
Frank Peter
Bernhard Pickel
Jürgen Modenbach
Helmut Petrusch
Kreisgruppe Fulda

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Willi Lentge
Reinhard Leimbach
Kreisgruppe PTLV
Walter Klanitz
Kreisgruppe Groß-Gerau
Manfred Kirchhofs
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Wilfried Apel
Norbert Birnbach

Bernhard Ebert
Klaus Ellrich
Holger Jungermann
Hans-Jürgen Kromminga
Friedrich Meisheit
Volker Schade
Rüdiger Schneider
Berthold Fehling
Kreisgruppe Kassel
Wolfgang Kühn
Wolfgang Ott
Kreisgruppe PASt Baunatal
Hans Brössel
Hartmut Gaul
Helmut Kamm
Roswitha Moritz
Joachim Pohl
Kreisgruppe Marburg
Werner Zintl
Arthur Funk
Herbert Krostewitz
Peter Rehm
Kreisgruppe Fulda

**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Helmut Brückmann
Heinz-Hugo Engel
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Jutta Janzik
Alfred Wedler
Kreisgruppe Kassel
Lieselotte Dreher
Kurt Menzel
Kreisgruppe Marburg

Dieter Both
Gottfried Handwerk
Renate Püttmann
Bernhard Malkmus
Gerhard Trost
Kreisgruppe Fulda

**60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Karl Kurlenski
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Kurt Diehl
Else Eggert
Gustav Fuck
Lieselotte Gantzhorn
Karl Hill
Georg Liese
Maria Schwarz
Hildegard Siebald
Horst Weinrich
Kreisgruppe Kassel
Konrad Hamel
Kreisgruppe Marburg

ES VERSTARBEN

Liesel Vorbrodt
Kreisgruppe Vogelsberg
Klaus Friedrich
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Dieter Schröder
Kreisgruppe Bergstraße
Heinrich Dörr
Kreisgruppe Homberg
Erich Brandt
Kreisgruppe DV/S Südhessen
Else Engel
Kreisgruppe Kassel
Petra Raab
Kreisgruppe Main-Kinzig

Wolfgang Dorn
Kreisgruppe HLKA
Margot Katzenmaier
Kreisgruppe Bergstraße
Manfred Schienbein
Kreisgruppe Homberg
Wilhelm Braumann
Käthe Müller
Manfred Hahn
Andrea Maschke
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

